

II-3756 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

7088/1-Pr. 1/88

1607 IAB

1988 -04- 15

zu 1629 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 1629/J-NR/1988

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stippel und Genossen (1629/J), betreffend Leistungen für den Bezirk Wiener Neustadt in der laufenden Legislaturperiode, beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Der Verwaltungsbezirk Wiener Neustadt liegt im Sprengel des Kreisgerichts Wiener Neustadt und schließt die Sprengel der Bezirksgerichte Wiener Neustadt und Kirchsschlag ein.

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung sowie der maschinellen Ausstattung dieser Gerichte wurden in der laufenden Legislaturperiode bisher insgesamt knapp 260.000,-- S aufgewendet. Dazu kommen Sanierungsarbeiten im kreisgerichtlichen Gefangenenhaus Wiener Neustadt, die seit 1983 im Gang sind und kurz vor dem Abschluß stehen; insgesamt kostet dieses vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten finanzierte Vorhaben etwa 9,5 Mio. S.

Im Interesse der Modernisierung des Justizbetriebs wurde überdies das Bezirksgericht Wiener Neustadt in die ADV-Großprojekte des Bundesministeriums für Justiz ein-

- 2 -

bezogen; Ende 1986 wurde das Grundbuch auf ADV umgestellt, seit 1.5.1987 wird auch das Mahnverfahren automationsunterstützt durchgeführt.

Um den gestiegenen Anforderungen an die Justiz auch in personeller Hinsicht Rechnung zu tragen, wurde mit 1.1.1987 beim Kreisgericht Wiener Neustadt eine weitere Richterplanstelle geschaffen, sodaß sich die Anzahl der systemisierten Planstellen für Richter bei diesem Gericht von 20 auf 21 erhöht hat.

Zu 2:

Bis zum Ende der laufenden Gesetzgebungsperiode soll das Gerichtsgebäude in Kirchschatlag saniert werden (Aufwand rund 800.000,-- S). Längerfristig ist ferner die Planung eines Zubaus zum Amtsgebäude des Kreisgerichts Wiener Neustadt sowie dessen Generalsanierung von Bedeutung.

Neben den baulichen Maßnahmen ist überdies auf die laufende Modernisierung im bürotechnischen Bereich hinzuweisen. Dazu kommt die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen für Kreisgericht und Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt, wofür bis Ende dieser Legislaturperiode ein Betrag von rund 500.000,-- S vorgesehen ist.

Hervorzuheben ist schließlich die für 1988 geplante Umstellung des Bezirksgerichts Kirchschatlag auf das ADV-Mahnverfahren; auch das Grundbuch soll nach Möglichkeit noch in dieser Gesetzgebungsperiode auf ADV-Betrieb umgestellt werden.

Zu 3:

Die Gesamtsumme der Aufwendungen in dieser Legislaturperiode für den Justizbereich im Bezirk Wiener Neustadt kann nicht angegeben werden, da wesentliche Bauvorhaben

- 3 -

bei den Gerichten vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (mit)finanziert werden und im übrigen die weiteren Investitionen von den in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig sind.

Zu 4:

Wieviele Arbeitsplätze durch die baulichen Vorhaben bei den einzelnen Gerichten erhalten werden, läßt sich vom Bundesministerium für Justiz ebensowenig beurteilen wie die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen, welche die Investitionen auf dem Gebiet der Bürotechnik und -ausstattung nach sich ziehen werden.

14. April 1988

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to a government official, positioned below the date.